

Manfred Wilke

Wer hat die deutsche Einheit herbeigeführt?

I.

„Wahnsinn“ riefen die Berliner aus Ost und West, als sie sich in der Nacht vom 9. November die Mauer öffneten. Dieser Vorgang wiederholte sich an der innerdeutschen Grenze, deren Befestigung Josef W. Stalin 1952 der DDR befohlen hatte. „Wahnsinn“ drückte das unglaubliche, das nicht vorstellbare Wunder aus, das dieses Ereignis für die Menschen bedeutete. In den Tagen um den 9. November feierten viele Deutsche, die sich in der 40-jährigen Teilung - wie sich später zeigen sollte - sehr fremd geworden waren, ein Wiedersehenfest.

Politisch schien all das für die ungelöste nationale Frage der Deutschen ohne grundlegende Bedeutung zu sein. Die Stimmung dieser Tage brachte der Regierende Bürgermeister von Berlin, Walter Momper (SPD), am 10. November sehr gut zum Ausdruck, als er auf einer Kundgebung vor dem Schöneberger Rathaus ausrief, die Begegnung der Menschen aus Ost und West sei ein „Tag des Wiedersehens“ aber nicht ein „Tag der Wiedervereinigung!“ Willy Brandt, 1961 Regierender Bürgermeister, als die Mauer gebaut wurde, widersprach dieser Sichtweise eines Realisten der Zweistaatlichkeit, indem er betonte, dass die „widernatürliche Teilung Deutschlands keinen Bestand haben wird.“ Die historische Bedeutung des Mauerfalls für die Deutschen fasste er in dem Satz zusammen: „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört!“ Bundeskanzler Helmut Kohl, er hatte seinen Staatsbesuch in Polen unterbrochen, wurde auf dieser Kundgebung ausgepiffen, als er zum besonnenen Handeln aufrief. Während der Kundgebung hatte er eine Nachricht von Michael S. Gorbatschow erhalten, der ihn in dieser Situation davor warnte „Emotionen und Leidenschaften anzuheizen“¹.

Während die Deutschen feierten, begann das diplomatische Spiel um die Lösung der nun wieder offenen deutschen Frage. Washington teilte Bonn mit, dass die Sowjetunion eine sofortige Vier-Mächte-Konferenz über Deutschland ohne deutsche Beteiligung verlangte. Die Ereignisse sollten aus sowjetischer Sicht keinen Verlauf nehmen, der für die vier Mächte unerwünscht war. Noch versuchte die Sowjetunion

¹ Zitiert nach Horst Teltschik: 329 Tage, Berlin 1991, S. 19f.

die DDR zu stabilisieren, gegenüber der Bundesregierung erklärte sie am 13. November 1989 in aller Form, sie wünsche, dass die Bundesrepublik die DDR als einen souveränen Staat behandle. In London, Paris, Moskau und Washington war klar, mit dem Mauerfall veränderte die friedliche Revolution in der DDR ihren Charakter, sie ging über in eine vom Volk getragene Einheitsbewegung. Diese Momentaufnahme des dramatischen Auftakts des Vereinigungsprozesses stellt uns zugleich seine Akteure vor: Das Volk in der DDR, die Bundesregierung und die vier Siegermächte, die sich sofort auf ihre originären Siegerrechte besannen und auf ihrer Mitsprache über Deutschland als Ganzes beharrten.

II.

In unserer kollektiven und individuellen Erinnerung an diese dramatischen Monate der Jahre 1989/90 überlagern sich viele Bilder, die mit diesem Ereignis verbunden sind. Die Antworten auf die Frage: Wem ist die Einheit zu verdanken? sind vielfältig und widersprechen sich. Gesichert sind die Fakten: Im Herbst 1989 wurde die Herrschaft der SED in ihrem Staat DDR vom Volk beendet, die Berliner Mauer fiel und in der Volkskammerwahl vom März 1990 wählten die Bürger der DDR mit großer Mehrheit die Parteien, die für die Vereinigung mit der Bundesrepublik eintraten. Die vier Mächte stimmten der Wiederherstellung eines deutschen souveränen Nationalstaates zu.

Allein die Aufzählung der wichtigsten Weichenstellungen dieser Jahre 1989/90 verdeutlicht: Die deutsche Einheit war keine Angelegenheit der Deutschen allein. Ihr Selbstbestimmungsrecht war seit 1945 in den alliierten Vorbehaltsrechten für Deutschland als Ganzes eingefroren, welche beide deutsche Staaten in den Verträgen über ihre Souveränität 1955 mit den drei Westmächten und der Sowjetunion akzeptieren mussten.

Bestimmt sind die Bilder und Urteile der Erlebnisgeneration über das Ereignis von deren Erfahrung der Zweistaatlichkeit.

Um die diffusen Bilder der Ereignisse dieser Monate in unserem Gedächtnis zu ordnen empfiehlt es sich drei Ebenen der Ereignisgeschichte zu unterscheiden, auf denen sich dieser Prozess politisch vollzog:

1. Die Vorgänge in der DDR

Sie lösten im Sommer 1989 die Veränderungen aus, die mit dem Flüchtlingsstrom nach Ungarn begannen. Mit den Montagsdemonstrationen begann der Demokratische Aufbruch im Land selbst - das Volk verschaffte sich Gehör. Mit dem Auftreten des "Neuen Forum" und der Gründung der Sozialdemokratischen Partei (SDP) entstanden von der SED unabhängige politische Organisationen, die der Forderung nach freien Wahlen Nachdruck verliehen. Es ging zunächst um die Entmachtung der SED, ihr Ende als Diktaturpartei erfolgte im Dezember 1989. Die "Runden Tische" wurden zum Symbol der Demokratisierung der DDR. In der freien Volkskammerwahl am 18. März 1990 stimmten die Wähler für die Einheit und damit für den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland. International galt dieses Wahlergebnis als Ausdruck des Selbstbestimmungsrechtes der Bevölkerung der DDR, die damit diesen Staat aufgab.

2. Die innerdeutsche Ebene

Sie bekam im Verlauf des Vereinigungsprozesses eine immer größere Bedeutung. Die Wiederentdeckung der nationalen Zusammengehörigkeit begann mit der öffentlichen Anteilnahme und Unterstützung der Protestbewegung in der DDR. Zu nennen sind hier die Aufnahme der DDR-Flüchtlinge in den Botschaften der Bundesrepublik Deutschland, die Verhandlungen der Bundesregierung mit Ungarn, Polen und der Tschechoslowakei über ihre Ausreise in die Bundesrepublik. Die Berichterstattung der elektronischen Medien aus dem Westen wirkte als Katalysator der DDR-Reformprozesse. Der Mauerfall wurde zu einem medialen Weltereignis, der die öffentliche Meinung in Westeuropa und den Vereinigten Staaten über die Vorgänge in Deutschland positiv beeinflusste. Ab Dezember begann die Verflechtung der Parteiensysteme zwischen der Bundesrepublik und der DDR im Vorfeld der Volkskammerwahl. Der erste Einigungsvertrag – dies geschah noch vor der staatlichen Einheit - zwischen beiden Staaten wurde über die Wirtschafts - und Währungsunion geschlossen. Von symbolisch hoher Bedeutung war die damit verbundene Einführung der D-Mark in der DDR.

3. Die friedliche Lösung der deutschen Frage durch internationale Verhandlungen unter Einbeziehung der beiden deutschen Staaten.

Mit den Ostverträgen und der Schlussakte von Helsinki von 1975 schien allerdings völkerrechtlich die deutsche Zweistaatlichkeit festgeschrieben, dies glaubten in der Bundesrepublik große Teile der politischen Klasse und der kulturellen Elite. Trotzdem gab es immer einzelne Stimmen, die die Endgültigkeit der deutschen Spaltung bezweifelten. Doch sie alle traf die friedliche Revolution in der DDR und die sich daraus entwickelnde Einigungsbewegung völlig überraschend. Dies galt auch für die internationale Staatengemeinschaft. Das Überraschungsmoment, das vor allem der Mauerfall darstellte, setzte innerdeutsch eine Dynamik zur Vereinigung in Gang, die international, namentlich durch die Sowjetunion, nur noch mit Gewalt hätte gestoppt werden können. Dazu jedoch war der sowjetische Generalsekretär Michail Gorbatschow nicht bereit und damit waren alle Versuche der gestürzten Diktaturpartei SED, diese Dynamik aufzuhalten, zum Scheitern verurteilt. Widerstand gegen die Wiederkehr Deutschlands gab es aber auch im Westen. Am 17. November notierte Horst Teltschik, außenpolitischer Berater von Bundeskanzler Kohl, in einer Vorlage: „Unter den drei Westmächten gibt es eine deutlich abgestufte Haltung zur Wiedervereinigung: am positivsten die USA, zurückhaltender Frankreich und gegenüber beiden deutlich abfallend Großbritannien.“² Ohne Zustimmung aller Vier Mächte war die deutsche Vereinigung international nicht möglich. Mit der Zulassung der friedlichen Revolution in der DDR hatte die Sowjetunion Veränderungen ermöglicht, aber ob sie der Einheit und der Westbindung des vereinigten Deutschland zustimmen würde, war lange Zeit offen. Im Westen dagegen kam es vor allem auf den amerikanischen Präsidenten an, ob er die Vereinigungspolitik der Bundesrepublik in der NATO und gegenüber der Sowjetunion unterstützte und ihr damit die nötige Durchsetzungskraft verschaffte.

In den internationalen Verhandlungen über die äußeren Bedingungen der deutschen Einheit kam es vor allem auf die Bundesregierung an, die deutschen Interessen zur Geltung zu bringen. Die DDR-Führung war nach dem Mauerfall auf der internationalen Ebene kein ernsthafter Gesprächspartner mehr.

² Horst Teltschik: Haltung der drei Westmächte und der Sowjetunion zur deutschen Frage und zur Entwicklung in der DDR, Bonn, 17.11. 1989, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, bearbeitet von Hanns Jürgen Küsters/ Daniel Hoffmann, München 1998, S. 546.

Die Ereignisse fielen auf allen drei Ebenen oftmals zeitlich zusammen. Bis zum Fall der Mauer bestimmten die Vorgänge in der DDR das reaktive Verhalten der Bundesregierung, der westdeutschen Medien und der Vier Mächte. Nach dem Mauerfall wuchs dem Bundeskanzleramt eine Korrelationsfunktion zwischen der zweiten und dritten Ebene zu.

Die Überwindung der deutschen Zweistaatlichkeit selbst war Teil einer weltpolitischen Zäsur: dem Ende des sowjetischen Imperiums und des Kalten Krieges in Europa. Zur Vorgeschichte gehören die Veränderungen der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion seit dem Amtsantritt von Michail Gorbatschow 1985. Der von ihm initiierte Reformprozess in der Sowjetunion führte in Polen und Ungarn zum Ende der kommunistischen Diktatur. Auf diese Veränderung der weltpolitischen Konstellation muss hingewiesen werden, da sie die friedliche Revolution in der DDR erst ermöglichte.

III.

Schon bevor im Sommer 1989 die Endkrise der SED-Herrschaft virulent wurde, veränderte sich das Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion - die Konfrontation wich der Kooperation. Generalsekretär Gorbatschow begann seine Politik der Umgestaltung, Perestroika genannt, 1987 und der amerikanische Präsident Ronald Reagan forderte im selben Jahr vor dem Brandenburger Tor vom sowjetischen Generalsekretär, er solle dieses Tor öffnen und die Mauer abreißen. Es blieb nicht bei Rhetorik, noch 1987 kam es zu einem wichtigen Abrüstungsabkommen: Reagan und Gorbatschow einigten sich auf die Abschaffung der atomaren Mittelstreckenraketen.

1989 zog die Sowjetunion ihre Truppen aus Afghanistan zurück. In Polen begannen die Verhandlungen zwischen der Solidarnosc und der kommunistischen Regierung über einen Machtwechsel, der am "Runden Tisch" ausgehandelt wurde. Es kam zu freien Wahlen und im Sommer hatte Polen eine parlamentarische Regierung und einen nichtkommunistischen Ministerpräsidenten.

Auf der Tagung des Politischen Ausschusses des Warschauer Paktes in Bukarest im Juli 1989 wurde die „Breschnew-Doktrin“ von der begrenzten Souveränität der sozialistischen Staaten in aller Form aufgehoben, mit der 1968 das militärische

Eingreifen des Paktes in die Tschechoslowakei gerechtfertigt worden war. Aus dem sowjetischen Verteidigungsministerium soll nach diesem Beschluss im August 1989 eine Anweisung „an die sowjetischen Truppen in Osteuropa ergangen sein, sich aus allen internen Auseinandersetzungen herauszuhalten“³.

Es hat symbolische Bedeutung, dass Erich Honecker auf dieser Tagung schwer erkrankte und vorzeitig abreisen musste. Drei Monate fiel er aus und damit die SED in Agonie. Er selbst hat die Konsequenzen für seine Partei folgendermaßen zusammengefasst: „Diese Zeit war die Zeit eines großen Stimmungsumschwungs in der DDR zu Ungunsten für Partei und Regierung.“⁴ Die Reformprozesse in Polen und Ungarn, wo im Mai die befestigte Grenze zu Österreich abgebaut und damit das erste Loch in die Mauer geschlagen wurde, verstärkten in der SED den Widerstand gegen die sowjetische Reformpolitik und versetzten die Nomenklatur zugleich in Ratlosigkeit über die Zukunft ihres Staates DDR.

Der neu gewählte amerikanische Präsident George W. Bush hatte im Frühjahr 1989 die amerikanische Europapolitik neu ausgerichtet. Er wollte die ökonomischen und politischen Reformprozesse in der Sowjetunion und in ihren Klientelstaaten unterstützen. Die Sicherheitsinteressen der Sowjetunion in diesem Raum sollten hierbei gleichzeitig respektiert werden, um Gorbatschow innenpolitisch nicht zu destabilisieren, denn diese Politik der Demokratisierung der kommunistischen Diktaturen konnte nur gemeinsam mit der sowjetischen Führung unter Gorbatschow realisiert werden.

Im Zusammenhang mit den erhofften Veränderungen in Ost-Mitteleuropa, die zur Beendigung des Kalten Krieges und der Überwindung der europäischen Spaltung führen sollten, beriet die amerikanische Administration auch die offene deutsche Frage. Die Vereinigung des Kontinents konnte nicht ohne die Wiederherstellung eines deutschen Nationalstaates in seiner Mitte erfolgen. Bush unterließ es zwar, in offiziellen Reden diese Forderung zu erheben, ließ aber andererseits keinen Zweifel daran, dass die amerikanische Regierung am Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung festhielt. Im Rahmen dieser westlichen Dialogpolitik gegenüber

³ Fred Oldenburg: die Perestroika und ihre Konsequenzen für die Osteuropapolitik, in: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Hg.): Sowjetunion 1990/91, München 1991, S. 289.

⁴ Erich Honecker: Moabiter Notizen, Berlin 1994, S. 31.

der Sowjetunion, in der nicht mehr die Abrüstung, namentlich der Atomwaffenpotenziale, im Mittelpunkt stand sondern die Durchsetzung von Demokratie, Rechtsstaat und Marktwirtschaft, empfing im Juni 1989 die Bundesrepublik Gorbatschow zum Staatsbesuch. Er wurde empfangen als Hoffnungsträger friedlicher Veränderungen. Beide Staaten unterzeichneten eine gemeinsame Erklärung, die Gorbatschow in Moskau als „Schlußstrich“ unter die Nachkriegsgeschichte bezeichnete. In der Bonner Erklärung erkannte erstmals ein sowjetischer Führer „das Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung“⁵ an. Helmut Kohl hält seinen Besuch in Moskau und den Gorbatschows in Bonn, der auch dem Ausbau der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen diene, für eine Voraussetzung für das Gelingen der deutschen Einheit: „Ohne dieses Treffen wäre die deutsche Einheit so nicht zustande gekommen.“⁶ Das wechselseitige Vertrauen der Staatsmänner war in dieser Zeit des Übergangs von ausschlaggebender Bedeutung, um die Veränderungen friedlich und im Einvernehmen durchzuführen. Die sich abzeichnende Änderung der sowjetischen Deutschlandpolitik beunruhigte besonders die SED-Führung, denn im Gegensatz zu Polen mussten die deutschen Kommunisten die Wiederkehr der nationalen Frage fürchten.

IV.

Der machtpolitische Status Quo in Europa erodierte 1989. Die Reformkräfte in Polen und Ungarn wollten zurück nach Europa, sie suchten den Anschluss an die Europäische Gemeinschaft und wollten die kommunistische Diktatur loswerden. Welche Bedeutung diese politische Zielsetzung für die DDR haben sollte, demonstrierte ihr Ungarn bei der Lösung der Flüchtlingsfrage im September 1989. Dies ist mein erstes Beispiel, um die Interaktion zwischen den drei Ebenen und ihrer unterschiedlichen Akteure zu verdeutlichen. Die ungarische Volksrepublik hatte einen geheimen Auslieferungsvertrag für "Republikflüchtlinge" mit der DDR, das Visaabkommen der ungarischen Volksrepublik mit der DDR sah nur Besuch und Rückreise von DDR-Staatsbürgern vor. Diese vertraglichen Verpflichtungen banden die ungarische Regierung völkerrechtlich und führten nun zum Konflikt mit der DDR, als sie nach Verhandlungen mit der Bundesregierung über die Ausreise der

⁵ Hanns Jürgen Küsters: Der Integrationsfriede, München 2000, S. 810.

⁶ Helmut Kohl: Erinnerungen 1982-1990, München 2005, S. 895.

Flüchtlinge in den Westen diese Vereinbarungen mit der DDR brach. Die Sowjetunion duldete diesen Schritt und wehrte alle Proteste der DDR ab. In einer Angelegenheit, die die DDR betraf, wurde über sie verhandelt! Die Flüchtlinge erneuerten faktisch international das gesamtdeutsche Mandat der Bundesregierung.

Ein weiteres Beispiel für die Bedeutung der innerdeutschen Kommunikation, um die Demonstrationsfreiheit in der DDR durchzusetzen, war der 9. Oktober in Leipzig. Die SED-Führung unter Honecker war entschlossen, die Montagsdemonstrationen gewaltsam zu unterdrücken. In Leipzig wurden Sicherheitskräfte konzentriert und die Stadt für westliche Korrespondenten zum Sperrgebiet. Es sollte weder Bilder noch Berichte über die Ereignisse geben. Trotzdem eröffnete die Tagesschau Ihre Sendung mit einem unscharfen Film über die Demonstration von 70.000 Menschen, die Zensur der SED war durchbrochen. Organisiert hatte diesen Bericht Roland Jahn, der 1983 zwangsweise in die Bundesrepublik abgeschoben worden war und als Redakteur beim Sender Freies Berlin arbeitete. Jahn verstand sich als Öffentlichkeitsarbeiter für die DDR-Opposition im Westen. Die Aufnahmen selbst lieferten aus Leipzig zwei Ostberliner, Siegbert Schefke „im Bunde mit Aram Radomski“⁷. Nach Leipzig kam es an der SED-Spitze zum Führungswechsel, Honecker wurde zum Rücktritt gezwungen und Egon Krenz zum neuen Generalsekretär gewählt. Er versprach eine „Wende“ in der Politik der Partei.

Eine entscheidende deutschlandpolitische Weichenstellung nahm Bundeskanzler Kohl am 8. November im letzten Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland vor. Seit dem Grundlagenvertrag setzte die Bundesregierung Finanzmittel ein, um der DDR-Regierung menschliche Erleichterungen abzukaufen, zu nennen sind der Häftlingsfreikauf und die Förderung von Besuchsreisen aus der DDR in die Bundesrepublik unterhalb des Rentenalters. Diese Geschäftsgrundlage wurde nun von Kohl aufgekündigt. Er verlangte im Bundestag als Bedingung für neue Milliardenkredite:

1. durchgreifende und unumkehrbare Reformen in der DDR,
2. Verzicht auf das Machtmonopol der SED,
3. Zulassung neuer Parteien und freie Wahlen.

⁷ Leipziger Volkszeitung, 21.6.2007, S. 5.

Der Hintergrund dieser Erklärung war das Ersuchen von Krenz, die Bundesrepublik möge den Schuldendienst der DDR für westliche Kredite übernehmen und 10 Milliarden DM für Investitionskredite zur Verfügung stellen. Die Bundesregierung verweigerte aber dieser "Wende" ihre Finanzierung. Im Gegenteil, sie solidarisierte sich mit den Forderungen der DDR-Opposition und erhöhte somit den Druck von außen auf die SED. Am nächsten Tag beschloss das Zentralkomitee der SED die Verordnung über die Reisefreiheit - mit den bekannten Folgen.

Alle drei Beispiele zeigen, wie dieses innerdeutsche Reaktionsmuster vor dem Mauerfall funktionierte und die SED innen- und außenpolitisch in die Defensive zwang. Der Sturz dieser Diktatur- und Teilungspartei erfolgte unter Zustimmung der Mehrheit der Deutschen. Die friedliche Revolution in der DDR hatte ein westdeutsches Hinterland. Diese innerdeutschen Reaktionsmuster gilt es wahrzunehmen.

V.

Die deutsche Vereinigung war – wie anfangs bereits gesagt - keine Angelegenheit, die die Deutschen allein regeln konnten. Offen war: Wie wird die deutsche Frage gelöst und welche Konsequenzen hat ein vereinigtes Deutschland für den Frieden und die Sicherheit Europas? Auf diese Schlüsselfragen suchten die Sowjetunion, die Westmächte und die Deutschen nach dem Mauerfall eine politische Antwort.

Hans Modrow, der neue Ministerpräsident der DDR, konfrontiert mit dem ökonomischen Desaster der sozialistischen Planwirtschaft und den Forderungen nach nationaler Einheit auf den Montagsdemonstrationen, ergriff in seiner Regierungserklärung am 17. November die deutschlandpolitische Initiative. Um die DDR als Staat zu retten, schlug er eine "Vertragsgemeinschaft" zwischen beiden deutschen Staaten vor, die weit über den Grundlagenvertrag hinausgehen sollte, um ein „wertvolles Beispiel kooperativer Koexistenz“⁸ zu schaffen. Er ging somit von der Fortdauer der Spaltung Europas aus.

Wenige Tage später nahm die amerikanische Position zur deutschen Frage Gestalt an. Der Außenminister James A. Baker schlug vier Prinzipien vor, die die Politik des Landes leiten sollten:

⁸ Hans Modrow: Vertragsgemeinschaft statt Wiedervereinigung, in: Texte zur Deutschlandpolitik, Band 7. 1989, Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, o.J. S. 422.

- Unterstützung der deutschen Selbstbestimmung, ohne sich auf ein bestimmtes Ergebnis festzulegen,
- im Falle der Vereinigung bleibt Deutschland Mitglied der NATO und der Europäischen Gemeinschaft,
- die Einheit soll in einem friedlichen, schrittweisen Prozess erreicht werden
- und die Anerkennung der polnischen Westgrenze ist unabdingbar.

Diese Prinzipien bildeten die Grundlage für die Verhandlungsposition des amerikanischen Präsidenten bei seinem Gipfeltreffen mit Gorbatschow auf Malta am 3. Dezember 1989. Die Forderung der Amerikaner, ein vereintes Deutschland nur als Mitglied der NATO und der Europäischen Gemeinschaft zu akzeptieren, deckte sich mit der Position der Bundesregierung, stand aber im fundamentalen Gegensatz zum bestehenden sowjetischen Sicherheitssystem. Mit einem vereinigten Deutschland in der NATO würde die sowjetische Militärmacht ihr europäisches Vorfeld verlieren und der Warschauer Pakt zerfallen. Condoleeza Rice bezeichnete dieses Szenario für Moskau in einem Vermerk für Bush als einen "Albtraum".⁹ Rice sah in dieser drohenden Verschiebung der sicherheitspolitischen Lage der Sowjetunion den entscheidenden Grund für deren Festhalten am Status Quo der deutschen Teilung. Doch sie irrte. Es war nicht die Stunde der Sicherheitspolitiker, es ging um das Selbstbestimmungsrecht ganzer Völker, das die verantwortlichen Politiker in Rechnung stellen mussten.

Zum Anwalt der deutschen Selbstbestimmung wurde Bundeskanzler Kohl, als er am 28. November im Bundestag sein "Zehn-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas"¹⁰ vortrug.

Das Ziel seiner Politik war die Wiederherstellung der deutschen Einheit, ohne dass die einzelnen Schritte dieses Weges bereits klar waren. In seinen Vorschlägen für Sofortmaßnahmen verlangte er von der DDR-Staatsführung, dass der Wandel in den ökonomischen und politischen Systemen "unumkehrbar" werde. Um dies zu garantieren, müsse die SED auf ihr Machtmonopol verzichten, sich mit der Opposition auf ein Wahlgesetz und freie Wahlen einigen. Die Einführung rechtsstaatlicher Verhältnisse müsse zwingend zur Aufhebung des politischen

⁹ Philip Zelikow/Condoleeza Rice: Sternstunde der Diplomatie, Berlin 1997, S. 186.

¹⁰ Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl: Zehn-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas, in: Texte zur Deutschlandpolitik, a.a.O., S. 426-433.

Strafrechts führen. Der Bundeskanzler griff den Vorschlag von Modrow zu einer "Vertragsgemeinschaft" auf, bestand auf der vollen Einbeziehung Berlins in die gemeinsamen Vereinbarungen und bot einer künftigen demokratisch legitimierten Regierung der DDR an, "konföderative Strukturen" zwischen beiden Staaten zu entwickeln. Alle diese Positionen stimmten mit den Forderungen der DDR-Opposition überein. Das Ende der SED-Herrscher und die freie Wahl einer demokratisch legitimierten Regierung waren für Kohl die unabdingbaren Voraussetzungen für die Vereinigung. Der Kern der deutschen Frage war für den Westen immer der der Freiheit. Im November dachte der Bundeskanzler an einen Zeitraum von zehn Jahren. Die Demokratisierung der DDR und das Votum ihrer Bürger waren aber auch international von zentraler Bedeutung, um die deutsche Einheit durchzusetzen. Das amerikanische Verständnis von der Selbstbestimmung der Deutschen schloss ein Votum der Wähler in der DDR gegen die Einheit nicht aus, auch ein solcher Ausgang der Volkskammerwahlen war möglich.

Die Westmächte waren in dieser Zeit besorgt über mögliche deutsche Alleingänge. Vor allem Frankreich und Großbritannien befürchteten dass die Bundesregierung die deutsche Einheit und damit den Kompromiss mit der Sowjetunion über die europäische Integration und die Mitgliedschaft in der NATO stellen könnte. Kohls Antwort war eindeutig: „Den Prozess der Wiedergewinnung der deutschen Einheit verstehen wir immer auch als europäisches Anliegen. Er muss deshalb auch im Zusammenhang mit der europäischen Integration gesehen werden, ich will es ganz einfach so formulieren: die europäische Gemeinschaft darf nicht an der Elbe enden, sondern muss die Offenheit auch nach Osten wahren.“¹¹ In dieser Formulierung nahm er die politischen Ziele der ungarischen und polnischen Reformer auf und machte sie sich zu Eigen. Nachdrücklich betonte der Kanzler, es werde keine deutschen Alleingänge geben und damit bliebe das Mitspracherecht der vier Mächte gewahrt.

Es war ein kühner Vorstoß, wenige Tage vor dem Gipfeltreffen von Bush und Gorbatschow, dies bringt sein Begleitschreiben zu dem Zehn-Punkte-Programm an den amerikanischen Präsidenten klar zum Ausdruck. Der Kanzler bat Bush „nachdrücklich bei seinem bevorstehenden Treffen mit Gorbatschow auf Malta keinen Festlegungen zuzustimmen“, die das Recht des deutschen Volkes auf freie

¹¹ Zehn-Punkte-Programm, a.a.O., S. 431.

Selbstbestimmung, um seine Einheit wiederzuerlangen, einschränken."¹² Allein diese Bitte verdeutlicht, wie abhängig die zukünftige Entwicklung der deutschen Frage vom Einverständnis dieser beiden Mächte war. Kohl gibt in seinen Erinnerungen ein Telefonat mit Bush aus diesen Tagen der Ungewissheit wieder, in welchem der amerikanische Präsident ihm seine Sorgen nahm: „Abermals versicherte mir der amerikanische Präsident, dass die Vereinigten Staaten das Verlangen der deutschen Selbstbestimmung und Einheit unterstützen. Seiner Ansicht nach könne der Prozess unter Umständen schneller verlaufen als erwartet."¹³ Die amerikanischen vier Prinzipien und die zehn Punkte des Bundeskanzlers wurden auf dem NATO-Gipfel in Brüssel im Dezember 1989 zur Grundlage der westlichen Deutschlandpolitik gegenüber der Sowjetunion. Ausschlaggebend für diesen Konsens im Bündnis war die amerikanische Unterstützung für die Politik der Bundesregierung und die Klarstellung des Bundeskanzlers, ein vereinigtes Deutschland bliebe Mitglied der NATO. Die Amerikaner übernahmen es auch, ein Verfahren für die internationalen Verhandlungen unter Einbeziehung der Vier Mächte zur Lösung der deutschen Frage zu entwickeln. Sie schlugen im Februar 1990 die Formel zwei plus vier vor. Dieser Mechanismus stellte klar: die inneren Modalitäten der Vereinigung sollten ausschließlich von den Deutschen selbst entschieden werden. Die beiden deutschen Staaten akzeptierten sie ebenso wie die Westmächte und die Sowjetunion.

Unter der Voraussetzung, dass die Wähler in der DDR für die Einheit votierten, hatten die Bundesrepublik und die Westmächte die Weichen für die Wiederkehr Deutschlands als souveräner Nationalstaat gestellt. Erst zu diesem Zeitpunkt einigte sich die sowjetische Führung auf ihre Position. Ende Januar 1990 beriet sie die eingetretene Lage in Deutschland. Alexander von Plato hat das Protokoll dieser internen Klausurtagung ausgewertet.¹⁴ Die Gründe für den Kurswechsel der sowjetischen Führung in der deutschen Frage lassen sich nun nachvollziehen. Gorbatschow eröffnete die Sitzung mit der Feststellung: „Mit der DDR steht es so wie mit unserem Aserbajdschan. Auf niemanden können wir uns verlassen."¹⁵ Unsentimental war sein Urteil über Modrow, es spiele politisch keine Rolle mehr, dass er ein Freund sei. „Es gibt keine einflussreichen Kräften mehr in der DDR und

¹² Schreiben des Bundeskanzlers Kohl an Präsident Bush, Bonn, 28. November 1989, in: Deutsche Einheit, a.a.O., S. 567ff.

¹³ Helmut Kohl: Erinnerungen 1982-1990, a.a.O., S. 989.

¹⁴ Vgl. Alexander von Plato: Die Vereinigung Deutschlands-ein weltpolitisches Machtspiel, Berlin 2002.

¹⁵ A.a.O., S. 189.

das heißt, dass wir die Entwicklung nur durch die BRD beeinflussen können. Und hier haben wir die Wahl: Kohl oder die SPD.“¹⁶

Die sowjetische Führung wusste, sie besaß ein Faustpfand in Gestalt der in der DDR stationierten Truppen. Der Chef des KGB, Wladimir A. Krjutschkow, baute auf sie: „Die Tage der SED sind gezählt. Sie ist keine Stütze und kein Hebel (mehr). Modrow ist nur eine Übergangsfigur, er hält sich nur noch mit Zugeständnissen, aber lang wird das nicht mehr ausreichen. Man muss der SPD in der DDR mehr Aufmerksamkeit schenken. Unser Volk hat Angst, dass Deutschland erneut zu einer Bedrohung wird. Es wird niemals unseren jetzigen Grenzen zustimmen. Man muss unser Volk langsam an den Gedanken der Wiedervereinigung Deutschlands gewöhnen. Unsere Streitkräfte in der DDR sind ein Faktor im allgemeinen europäischen Prozess.“¹⁷ Es ging in Moskau um den Preis für die Zustimmung zur Wiedervereinigung und die Festlegung der eigenen Verhandlungsposition. Mit den westlichen Regierungen wollte man folgende Punkte verhandeln: keine Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO, weitere Abrüstung, gleichzeitiger Abzug der amerikanischen und der sowjetischen Truppen und Bezahlung des Truppenrückzugs aus der DDR durch die Bundesrepublik. In der Frage mit welchem westdeutschen Partner man die Einigung Deutschlands verhandeln wolle, war die sowjetische Führung gespalten, dies galt vor allem für die Berater. Der langjährige Botschafter in Bonn, Valentin M. Falin, riet auf Zeit zu spielen, um der SPD bessere Wahlchancen zu verschaffen. Der Berater Gorbatschows, Anatoli S. Tschernajew, vertraute dagegen Kohl. Im Februar führte Gorbatschow Gespräche mit Modrow und dem amerikanischen Außenminister Baker. Er akzeptierte die zwei plus vier Formel akzeptierte und den Bundeskanzler als Verhandlungspartner. Das Ergebnis des sowjetischen Kurswechsels in der deutschen Frage durfte Kohl aus Moskau verkünden: „Ich habe heute Abend an alle Deutschen eine einzige Botschaft zu übermitteln: Generalsekretär Gorbatschow und ich stimmen darin überein, daß es das alleinige Recht des deutschen Volkes ist, die Entscheidung zu treffen, ob es in einem Staat zusammenleben will. Generalsekretär Gorbatschow hat mir unmissverständlich zugesagt, daß die Sowjetunion die Entscheidung der Deutschen, in einem Staat zu leben, respektieren wird.“¹⁸

¹⁶ Ebenda.

¹⁷ A.a.O., S. 191.

¹⁸ Helmut Kohl: Erinnerungen, a.a.O., S. 1068.

Damit waren auf internationaler Ebene die Würfel für die Einheit gefallen. Gorbatschow bestätigte im Nachhinein, dass nur der Einsatz sowjetischer Truppen das Streben der Deutschen nach Einheit in der DDR hätte unterdrücken können: „Das aber hätte das völlige Scheitern aller Bemühungen zur Beendigung des kalten Krieges und des nuklearen Wettrüstens bedeutet.“¹⁹ Es gab aber für ihn noch einen weiteren, einen strategischen Grund: „Die Anwendung von Gewalt gegen die Bevölkerung der DDR und die Unterdrückung des demokratischen Strebens nach Wiedervereinigung hätte für lange Zeit die Beziehungen zwischen unseren Völkern, zwischen Deutschland und Russland, vergiftet und den natürlichen Interessen Russlands unermeßlichen Schaden zugefügt.“²⁰

In dieser Zeitenwende, als das kommunistische Herrschafts- und Gesellschaftssystem in der Sowjetunion selbst zerbrach, besann sich ihr Staatspräsident auf die nationalen Interessen Russlands. Sie ermöglichten ihm die Zustimmung zur deutschen Einheit einschließlich seiner Mitgliedschaft in der NATO und der europäischen Gemeinschaft. Die weltpolitische Ebene war die der Staaten und ihrer Regierungen, auf ihr war der deutsche Bundeskanzler zu Beginn des Jahres 1990, als die Grundsatzentscheidungen zwischen den Vereinigten Staaten, der Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien und der Sowjetunion über die deutsche Vereinigung fielen, der unbestrittene deutsche Verhandlungspartner.

Zeitgleich wurde in diesen Monaten in der DDR die Volkskammerwahl vorbereitet und die internationale Anerkennung für den westdeutschen Bundeskanzler übertrug sich auf viele seiner Landsleute in der DDR. In der Bundesrepublik wurde parallel dazu die Wirtschafts- und Währungsunion beider Staaten geplant. Die Bundesregierung verband in ihrer Politik die nationalen Schritte zur Vereinigung mit deren internationaler Durchsetzung.

VI.

Die deutsche Wiedervereinigungsgeschichte ist - wie gezeigt - vielschichtig und mehrdimensional. Daher lässt sich die eingangs gestellte Frage nicht durch eine zu kurz greifende Personalisierung beantworten. Damit die Einheit gelingen konnte,

¹⁹ Michail Gorbatschow: Wie es war. Die deutsche Wiedervereinigung, Berlin 1999, S. 84.

²⁰ Ebenda.

mussten sich viele Menschen im politischen und öffentlichen Raum in- und außerhalb Deutschlands bei ungeplanten, unvorhergesehenen Ereignissen reaktiv verständigen, um gemeinsame Lösungen zu finden. Beispiele hierfür sind auf der Ebene der Entwicklung der friedlichen Revolution in der DDR: die Fluchtbewegungen aus der DDR, die wachsende Teilnahme an den Montagsdemonstrationen im Lande, die spontane Gründung von Bürgerkomitees, die die Dienststellen der Staatssicherheit in den Kreis- und Bezirksstädten besetzten und schließlich das Zusammenfinden der Organisatoren des „Neuen Forums“ und der neuen politischen Parteien des Herbstes 1989. Sie alle waren die kollektiven Akteure der friedlichen Revolution in der DDR. Stellvertretend für Viele nenne ich hier: Bärbel Bohley, Arnold Vaatz, Gerd Poppe, Markus Meckel und Rainer Eppelmann. Dieser demokratische Aufstand gegen die SED-Diktatur war die Voraussetzung für die Reaktivierung des gesamtdeutschen Mandats der Bundesrepublik auf internationaler Ebene. Ohne Frage ist Bundeskanzler Kohl der entscheidende deutsche Politiker, der im Winter 1989/90 die Akzeptanz eines deutschen Nationalstaates in den internationalen Verhandlungen durchsetzte. Er konnte dies in enger Abstimmung mit den Vereinigten Staaten erreichen, deren Präsident Bush seine Vereinigungspolitik im westlichen Bündnis vertrat und gegenüber der Sowjetunion durchsetzte. Deren Staatspräsident Gorbatschow ermöglichte mit seiner Politik der Perestroika den Aufbruch in der DDR, auf dessen Namen sich die Demonstranten im September und Oktober 1989 oft berufen hatten. Schließlich weigerte er sich, mit sowjetischen Truppen die Bürgerbewegung in der DDR zu unterdrücken. Die deutsche Einheit akzeptierte er mit Blick auf die zukünftigen deutsch-russischen Beziehungen und handelte somit aus russischer Staatsraison.